

Land. Leben. Zukunft! – Sozial und Solidarisch in der Kommune

Wahlprogramm 2024 der Partei Die Linke im Landkreis Stendal

Präambel:

Am 9. Juni 2024 finden in Sachsen-Anhalt zwei wichtige Wahlen statt. Die Bürger:innen wählen neben einem neuen Europaparlament bei der Kommunalwahl auch die Vertretungen in den Gemeinden, Städten und Landkreisen neu.

Die Wahlen finden in einer Zeit statt, die durch zahlreiche, sich überlagernde gesellschaftliche Krisen und deren Folgen für das Zusammenleben gekennzeichnet ist. Die Klimakrise, der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine und deren Auswirkungen. Die erneute Eskalation im Nahen Osten oder die Nachwirkungen der Pandemie seien hier beispielhaft genannt. Unter den hohen Kosten der Inflation und der Preissteigerungen in vielen Bereichen leiden nicht nur die Bürger:innen, sondern in erheblichen Maße auch die Kommunen.

Die Linke wird sowohl zur Europa- als auch zur Kommunalwahl 2024 mit einem klaren inhaltlichen Profil antreten. Wir wollen den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken, die soziale Ungleichheit zurückdrängen und das öffentliche Gemeinwesen im Bereich der Daseinsvorsorge verteidigen bzw. ausbauen. Die Klimakrise und die Energiewende sind drängende Herausforderungen unserer Zeit. Wir setzen uns für eine klimaneutrale Entwicklung unserer Kommunen ein, deren Kosten gemeinschaftlich getragen und sozial ausgewogen verteilt werden. DIE Linke tritt Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus und Homophobie entschieden entgegen. Wir reichen allen Menschen die Hand – Menschenrechte sind für uns unteilbar. In Zeiten verschärfter Konkurrenz gilt für Die Linke: Gesellschaftlicher Reichtum ist gerecht umzuverteilen, statt arm gegen arm auszuspielen.

Diesen Grundsätzen sind alle Kandidat:innen auf den offenen Listen der Partei Die Linke vom Ortschaftsrat bis hin zum Kreistag verpflichtet. Unser Handeln vor Ort soll sich an diesen Werten messen lassen, das können wir Ihnen an dieser Stelle versprechen.

Wir engagieren uns für einen liebens- und lebenswerten Landkreis Stendal und wollen unseren ländlichen Raum mit seinen zahlreichen Gemeinden und Städten nach den Bedürfnissen der Menschen hier gestalten. Dieser Gestaltungswille fand in den letzten Jahren zunehmend in der chronischen Unterfinanzierung unserer Kommunen seine Grenze. Damit verbunden sind Einschnitte in vielen Lebensbereichen und ein gewaltiger Investitionsstau. Unsere Kommunen brauchen endlich eine ausreichende Finanzausstattung und eine Ausfinanzierung der Aufgaben, die ihnen vermehrt von Bund und Land übertragen werden.

Es gibt viel zu tun. Das ist allein nicht zu bewältigen. Wir werden mit allen demokratischen Kräften zusammenarbeiten, die sich für gleiche oder ähnliche Ziele engagieren. Die Einbeziehung der Einwohner:innen aber auch von örtlichen Interessenvertretungen in unsere Entscheidungsfindung werden wir konsequent umsetzen.

1. Für soziale Gerechtigkeit und ein solidarisches Miteinander

- *Sozial gerecht und solidarisch miteinander - dafür steht die Die Linke! Vor Ort kann der wachsenden sozialen Spaltung im Land Paroli geboten werden. Ob Kinder, Alleinerziehende, Bezieher:innen von Bürgergeld und Grundsicherung, im Niedriglohnsektor Tätige, Migrant:innen oder alte Menschen, die in Armut leben müssen – wir dürfen niemanden allein lassen. Die Linke wird sich für einen wesentlich konsequenteren Kampf gegen Kinderarmut und deren Folgen einsetzen. Dafür haben wir viele Kompetenzen und Engagierte vor Ort, wir wollen sie nutzen und zusammenführen.*

Deshalb muss jeder Entscheidung auf örtlicher Ebene die Frage voraus gehen: Wird die Chancengleichheit für diese Menschen in schwierigen sozialen Lebenslagen gesichert oder weiter verbessert? Gesicht und Gewissen einer lebens- und liebenswerten Gemeinde, einer Stadt oder eines Landkreises erkennt man am Umgang mit den sozial Schwächsten.

Die Linke tritt ein für:

- eine kreisweit gültige Sozialcard, die Menschen mit geringem Einkommen die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben besser ermöglicht.
- eine bezahlbare Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel für alle. Fahrt frei für die Einführung eines regionalen Sozialtickets. Ein fahrscheinloser öffentlicher Personennahverkehr für alle bleibt unser Ziel.
- eine konsequente Sozialstaffelung, dort, wo die Bürger:innen über Gebühren und Beiträge an den Gemeinkosten beteiligt werden müssen.
- den Erhalt des vorhandenen Netzes an Beratungs-, Hilfs- und Präventionsangeboten für Familien, Senioren, Kinder und Jugendliche. Wenn erforderlich, muss es angepasst und ausgebaut werden. Die Angebote müssen erreichbar, niedrigschwellig und barrierefrei gestaltet sein. Gerade hier, bei uns im ländlichen Raum, sind die vorhandenen öffentlichen Räume (u.a. Dorfgemeinschaftszentren) besser dafür zu nutzen.
- die rechtzeitige Anpassung der Kosten der Unterkunft für Bezieher:innen von Bürgergeld und Grundsicherung an die tatsächliche Entwicklung der Heiz- und Betriebskosten
- Mitmenschlichkeit und Unterstützung der Migrant:innen in unserem Landkreis. Die Linke tritt jeder Form des gegenseitigen Ausspielens der Schwächsten untereinander konsequent entgegen. Die vorhandenen gesetzlichen Spielräume der unteren Ausländerbehörde im Landkreis sind bei Entscheidungen im Sinne der Betroffenen besser zu nutzen. Abschiebepaxen, welche die Würde der Menschen verletzen, müssen endgültig unterbleiben.

2. Zuhause ist, wo Menschen gefragt sind und Engagement gewürdigt wird

Viele Menschen sind sehr unzufrieden mit der Art und Weise, wie Politik auch vor Ort gemacht wird. Eine niedrige Wahlbeteiligung ist eines der alarmierenden Warnsignale. Entscheidungen werden zu oft getroffen, ohne diejenigen einzubeziehen, die es betrifft und die es oftmals auch konkreter wissen. Die Linke will dem entgegenwirken. Nur durch transparente, ausfinanzierte und über Bürgerbeteiligung herbeigeführte Entscheidungsprozesse lässt sich das Misstrauen zwischen Wähler:innen, der Verwaltung und den Kommunalpolitiker:innen schrittweise abbauen.

Die Linke tritt ein für:

- Anerkennung, Unterstützung und Vernetzung des Ehrenamtes. Was benötigen Ehrenamtliche konkret vor Ort? Was erwarten sie von kommunalen politischen Akteuren? Die Linke bleibt dran.
- größtmögliche Beteiligungs- und Entscheidungsrechte für Bürger:innen sowie Interessenvertretungen, die in den kommunalen Satzungen und Geschäftsordnungen fest verankert werden.
- regelmäßige Einwohnerversammlungen sowie Sprechzeiten des Landrates und der gewählten Bürgermeister:innen.
- die Durchführung von Bürgerbefragungen und Bürgerentscheiden, wenn es um Fragen geht, die wesentlich in das Lebensumfeld der Menschen vor Ort eingreifen.
- ein bürgerfreundliches und barrierefreies Internet als Dienstleistungs- und Informationsportal für alle Einwohner:innen. Dieser Prozess muss beschleunigt werden.
- eine bürgernahe und bürgerfreundliche Verwaltung. Durch den Einsatz moderner Technik und anderer Formen der Kommunikation sollte Verwaltung auch da nah sein, wo sie von den Dörfern weit entfernt ist.
- einen konsequenten Einsatz der wenigen finanziellen Mittel für Leistungen der Grundversorgung und den Erhalt und Ausbau der dafür notwendigen Infrastruktur.
- eine Gebühren- und Beitragsstaffelung, die ökologische und soziale Aspekte berücksichtigt. Die Kalkulation von Gebühren und Beiträgen muss grundsätzlich sehr transparent erfolgen und für die Einwohner:innen nachvollziehbar sein. Hier müssen Defizite noch konsequenter benannt und geahndet werden.

3. Grundversorgung sichern – Öffentliche Dienstleistungen verbessern

Den ländlichen Raum nicht abhängen, dafür engagiert sich Die Linke trotz schwieriger Rahmenbedingungen. Wir treten ein für gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Regionen des Landkreises. Das setzt voraus, dass den „weichen“ Standortfaktoren größere Aufmerksamkeit geschenkt wird. Die Bedürfnisse der Menschen aber auch der Erhalt der Natur, das sind Leitbilder unserer Entscheidungen. Mobilität spielt in unserem dünn besiedelten Flächenkreis eine ganz besondere Rolle, um den Menschen den Zugang zu notwendigen Dienstleistungen, öffentlichen Einrichtungen, zu Kultur, Sport und anderen Freizeitmöglichkeiten zu gewährleisten. Was alle brauchen, muss öffentlich zugänglich sein. Wir nennen das Daseinsvorsorge. Um hier wieder handlungsfähiger zu werden, beabsichtigen wir die Rekommunalisierung ausgewählter Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge.

Die Linke tritt ein für:

- die weitere Entwicklung kommunaler und regionaler Leitbilder und Konzepte unter Einbeziehung aller Akteure in den Städten, den Gemeinden und im Landkreis. Sie sollen nachhaltige Perspektiven eröffnen und nicht in der Schublade landen.
- eine ortsnahe und ausreichende medizinische Grundversorgung, die derzeit bereits einschneidende Defizite aufweist. Für unseren Flächenkreis sind Versorgungsformen, wie die weitere Etablierung der Praxisassistenz (Gemeindegeschwister Verah), die Einrichtung von Präsenzpraxen in öffentlichen Gebäuden und die Errichtung von Versorgungszentren in Zusammenarbeit mit den Krankenkassen und den Kliniken der Region zu unterstützen.
- den Erhalt und die Stärkung der Krankenhäuser in Stendal und Seehausen. Sie haben für die medizinische Versorgung im Landkreis eine besondere Funktion und sind unbedingt zu erhalten. Kooperationsmodelle unter den Krankenhäusern unterstützen wir. Den Möglichkeiten der Digitalisierung, der Telemedizin und der künstlichen Intelligenz muss gerade für unseren ländlichsten Raum größere Aufmerksamkeit geschenkt werden.
- Konzepte, die den Erfordernissen einer nachhaltigen Verkehrspolitik Rechnung tragen. Dazu gehören ein getakteter ÖPNV ebenso wie verkehrsarme Innenstädte und sichere Fahrradwege. Der Altmarkrundkurs muss erhalten und modernisiert werden. Der Bedeutung des Radwegenetzes in der Altmark entsprechend, wollen wir einen Fahrradbeauftragten in der Kreisverwaltung etablieren.
- einen öffentlichen Nahverkehr, der sich in Takt und Ausstattung nicht nur am Schülerverkehr orientiert, sondern den Zugang zu allen öffentlichen Einrichtungen sichert. Dazu zählen auch alternative Verkehrsmittel – Sammeltaxen, Ruf- und Bürgerbusse. Die Linke möchte den ÖPNV mittelfristig und unter Beachtung der laufenden Verträge rekommunalisieren, um so flexibler auf die Bedürfnisse der Menschen in unserem ländlichen Raum reagieren zu können.
- die Berücksichtigung der Belange älterer Menschen und Menschen mit Behinderungen bei Baumaßnahmen und großen Veranstaltungen im öffentlichen Raum. Senioren:innenvertretungen und Behindertenbeiräte sind in die

Entscheidungsfindung bei Investitionsvorhaben vor Ort frühzeitig mit einzubeziehen.

- kommunale Wohnungsunternehmen. Bezahlbares und barrierefreies Wohnen mit ökologischer Nachhaltigkeit sind Prämissen jeder Wohnraummodernisierung. Kommunales Wohneigentum und kommunale Wohnungsgesellschaften sind entscheidende Steuerungsinstrumente für Zusammenhalt und soziale Durchmischung der Wohnquartiere und Stadtteile.
- eine Zusammenarbeit unserer Gemeinden, Städte und des Landkreises die ermöglicht, dass kommunale Aufgaben wirtschaftlicher, kostengünstiger aber auch bürgernah erfüllt werden können. Zweckverbände, das gemeinsame Vorhalten von Personal in den Verwaltungen sind weiter anzustreben aber auch andere Formen gemeinsamer Kooperation sind zu prüfen.

4. Bildungschance ist Lebenschance

Die Linke kämpft darum, allen jungen Menschen, vom Kleinkind bis zum Studierenden in der Region gleiche Chancen auf Bildung zu ermöglichen. Gleiche Chancen- egal welcher sozialer und ethnischer Herkunft, egal ob zu Hause, in der Stadt oder fernab im kleinen Dorf, egal ob mit oder ohne persönliches Handicap. Bildung ist der Schlüssel für die persönliche Entwicklung und eröffnet den Heranwachsenden Perspektiven in unserer Region.

Die Linke tritt ein für:

- ein wohnortnahes, bedarfsgerechtes und flexibles Netz an Bildungseinrichtungen im Landkreis – von der Kindertagesstätte bis hin zum Hochschulstandort. Die Linke wird sich für den Erhalt und bedarfsorientierten Ausbau des Netzes von Kindertagesstätten in unterschiedlicher Trägerschaft einsetzen. Das Berufsschulzentrum in Stendal und ebenso der Standort der Hochschule Magdeburg- Stendal in der Kreisstadt sind in ihrer Position zu stärken. Kooperationsbeziehungen mit den Kommunen sind auszubauen.
- einen unbeschränkten Zugang für alle Kinder zu den Betreuungs- und Bildungsangeboten in den Kindereinrichtungen. Der Ganztagsanspruch für alle Kinder darf nicht durch die Elternbeiträge unterlaufen werden. Die Linke tritt perspektivisch für kostenfreie Kinderbetreuungsplätze ein. In einem ersten Schritt wollen wir gemeinsam mit der Landespolitik die Gesamtfinanzierung der Kinderbetreuung neu ordnen, um die Eltern finanziell zu entlasten.

- Gemeinschaftsschulen, auf dem Weg zu einer Schule für alle, die dem Ziel einer inklusiven Beschulung verpflichtet ist.
- Kindereinrichtungen und Schulen gehören ganz nach oben auf die Prioritätenlisten für Investitionen, auch wenn die Gelder knapp sind. Die Digitalisierung der Bildungseinrichtungen im Kreis ist zu forcieren.
- eine qualifizierte Zusammenarbeit von Bildungseinrichtungen, Jugend- und Sozialhilfe. Frühförderungsbedarfe müssen schneller erkannt und entschieden sowie innerhalb bedarfsgerechter Zeiträume bewilligt werden. Wir kämpfen um den Erhalt integrativer Kindereinrichtungsplätze und den Ausbau der Schulsozialarbeit. Schulsozialarbeit gehört an jede Schule.
- eine Schülerbeförderung, die auf die Bedürfnisse der Kinder und Familien zugeschnitten ist.
- die Öffnung der Schulen als Orte der Begegnung für vielfältige kulturelle, sportliche und ähnlich gelagerte Aktivitäten sowie als Begegnungsstätte für örtliche Vereine und Initiativen.
- Die Linke tritt ein für kostenfreies gesundes Mittagessen in allen Bildungseinrichtungen. Das Land darf die Kommunen hierbei nicht alleine lassen. Als Motor für das benannte Ziel kann die Rekommunalisierung der Mittagsversorgung wirken.
- eine Unterstützung der zwei Schullandheime im Landkreis, als Lernorte für Umweltbildung, Naturliebe und nachhaltige Entwicklung.
- ein mit den Gesamtkonferenzen der jeweiligen Schulen erstrittenes Werbeverbot für die Bundeswehr.
- die Weiterentwicklung des altmarkweiten Ausbildungsnetzwerkes .
- eine bedarfs- und altersgerechte, integrierte und wohnortnahe Infrastruktur an Jugendfreizeiteinrichtungen und für mobile Angebote zur flächendeckenden Sicherung der Jugendarbeit. Hierzu sind die Haushaltsmittel auf einem stabilen Niveau zu halten.
- eine umfangreiche Beteiligung des Kreisschüler:innenrates sowie dessen strukturelle Stärkung in der Kommunalpolitik

5. Kultur und Sport fördern

Die Vielfalt der Angebote in Kunst, Kultur und Sport sind Indikatoren für Lebensqualität in einer Region. Sie prägen die Städte und Gemeinden und befördern das soziale Miteinander der Einwohner:innen in den Orten.

Die Linke tritt ein für:

- das Theater der Altmark als Landestheater im Norden und kulturelles Zentrum in und für die Region sowie darüber hinaus. Dies muss sich in einer breit angelegten, verlässlichen und langfristigen Finanzierung manifestieren und die derzeitige Angebotspalette sichern.
- die Unterstützung der im ländlichen Raum gewachsenen subkulturellen Szene und kleinteiligen Kulturzentren.
- die Zusammenarbeit, gemeinsame Vermarktung und langfristige Sicherung der Angebote an Museen, Musik- und Volkshochschulen.
- die Stärkung des Altmärkischen Regionalmarketing- und Tourismusverbandes und der interkommunalen Zusammenarbeit in diesem Bereich. Dabei sind die Besonderheiten der Region wie etwa die Hansegeschichte, die romanische und die Backsteinbaukunst oder der Landwirtschaft als kulturhistorisch prägender Wirtschaftszweig noch stärker zu berücksichtigen und die Potentiale des Naturtourismus weiter zu erschließen.
- den Erhalt der Bibliotheken und des Bücherbusses im Landkreis.
- die Unterstützung der zahlreichen regionalen Feste, bei denen die Traditions- und Brauchtumpflege aber auch die Weiterentwicklung neuer, interkultureller Veranstaltungsformen erprobt und demokratische Bildungsformen praktiziert werden.
- eine kommunale Sportförderung insbesondere für den Kinder- und Jugendbereich die den Erfordernissen gerecht wird.
- die unentgeltliche Nutzung der kommunalen Sportstätten im Kinder- und Jugendbereich.
- eine schrittweise Sanierung der Sportanlagen sowie deren barrierefreien Um- und Ausbau im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten.
- kommunale Sportentwicklungskonzepte, die den Breiten- und Leistungssport, den Nachwuchs- sowie den Gesundheits- und Rehabilitationssport angemessen verankern.

6. Wirtschaftskraft nachhaltig stärken – vor Ort den sozial-ökologischen Umbau gestalten

Es ist Zeit für einen tiefgreifenden sozialökologischen Umbau, insbesondere in der Energie-, Land- und Gesundheitswirtschaft. Für die Altmark bietet dieser Umbau neue Entwicklungsperspektiven. Dabei wird die flächendeckende Digitalisierung zunehmend eine unverzichtbare Voraussetzung für nachhaltige Wirtschaftskraft in ländlichen Räumen. Es ist ein Wettlauf mit der Zeit, je schneller, desto mehr Möglichkeiten dadurch Standortvorteile zu erlangen.

Die Linke tritt ein für:

- den weiteren Ausbau der Altmark zum Standort für nachhaltige Energiepolitik, der den Schwerpunkt auf erneuerbare Energien und Energieeffizienz legt. Die Kosten der Energietransformation bezüglich des Netzausbaus dürfen nicht allein von den betroffenen Kommunen getragen werden. Klimaschutzmaßnahmen in Verbindung mit Energiepolitik dürfen nicht über die Belange des Natur- und Denkmalschutzes gestellt werden.
- die weitere Konzentration der Region auf Schlüsselbereiche wie Energie-, Land- und Ernährungswirtschaft sowie die Zulieferindustrie für den Fahrzeugbau. Wir brauchen eine darauf ausgerichtete Wirtschaftsförderung, die Synergien zwischen den Wirtschaftsbereichen unterstützt. Wirtschaftlich tätige Unternehmen sind von unverhältnismäßigen hohen bürokratischen Anforderungen zu entlasten.
- die Unterstützung aller in Frage kommenden Partner:innen (Schulen, Berufsschulen, Wirtschaftsorganisationen und die Bundesagentur für Arbeit) zur Stabilisierung eines qualifizierten Berufsnachwuchses in der Region.
- Bauleitplanungen der Kommunen, die stärker ökologische Aspekte berücksichtigen. Neben der zwingenden kommunalen Wärmeplanung dringen wir auf eine konsequente Wärmewende in den Kommunen und ein Vorgehen der kommunalen Gesellschaften in diesem Bereich.
- eine gentechnikfreie, die Natur und Flächen schonende Landwirtschaft mit artgerechter Tierhaltung. Einzelne Unternehmensformen sollen nicht benachteiligt, der Erwerb an Grund und Boden für einheimische Landwirte bezahlbar werden. Die Landwirtschaft ist spürbar von bürokratischen Vorgaben zu entlasten.
- einen Naturschutz, welcher der biologischen Vielfalt verpflichtet ist, naturnahe Nutzungen anstrebt und regionale Wirtschaftskreisläufe befördert.
- einen Hochwasserschutz insbesondere entlang der Gewässer erster Ordnung, der auf technologischen Hochwasserschutz, mehr Überflutungsflächen und einer notwendigen Präventionspolitik setzt. Neben Politik und Verwaltung sind weiterhin Initiativen, die regionale (Land-) Wirtschaft einzubeziehen. Katastrophenpläne des Landkreises sind regelmäßig zu aktualisieren und auf ihre Umsetzbarkeit zu prüfen. Die Kommunikationskette muss bis in die ehrenamtlich geführten Gemeinden ausgebaut werden.
- eine nachhaltige Bekämpfung der durch Klimawandel und den zunehmenden Dürreperioden in der Region initiierten Niedrigwasserproblematik.
- für einen weiteren Umbau der Abfallwirtschaft hin zu einer den ökologischen Erfordernissen angepassten Verwertung und Entsorgung von Abfällen. Die Linke strebt die komplette Rekommunalisierung der Abfallwirtschaft an, um diesen Erfordernissen besser Rechnung tragen zu können und die Gestaltung im Interesse

der Gebührenzahler:innen voran zu bringen. Die Linke tritt zudem für ein Verbot des Verbrennens von Gartenabfällen im Landkreis Stendal ein.

- eine Kreissparkasse Stendal, die verlässlicher Partner für Bürger:innen sowie den klein- und mittelständischen Unternehmen der Region bleibt. Der Verwaltungsrat als Vertretungsorgan des Trägers muss eine solide Geschäftspolitik und größtmögliche Transparenz gewährleisten.
- eine kommunale Begleitung des Kleingartenwesens in seiner aktuellen Umbruchphase. Seiner Bedeutung als Erholungsräume sowie seiner sozialen und ökologischen Funktion muss durch mehr Aufmerksamkeit durch die Kommunen Rechnung getragen werden.
- Ausschreibungen und Vergaben von öffentlichen Aufträgen, die regionalen, sozialen und ökologischen Kriterien entspricht und die Tariftreue einfordert.
- eine Ausbildungs- und Beschäftigungspolitik in der öffentlichen Verwaltung und in kommunalen Unternehmen, die Vorbildwirkung für private Unternehmen in ihrer Integration von Menschen mit Behinderungen oder Menschen aus anderen Herkunftsländern hat.